



Gesellschaftlicher Dialog – Öffentliche Sicherheit im Fokus



Seite 10 <

Fachgespräch zu
Lkw-Abbiege-
assistenzsystemen
im Bundestag

Lkws endlich
sicherer ausstatten

Seite 20 <

Fachteil:

- Pflicht zur amtsärztlichen Untersuchung
- Effektiveres und praxistauglicheres Strafverfahren

Postvertriebsstück • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“



Appell der DPoIG zur Klausurtagung der Landesregierung

Schreiben der DPoIG an den Ministerpräsidenten Tobias Hans am 16. Juli 2018

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

da Sie sich an diesem Wochenende zur Klausurtagung mit der Landesregierung zusammenfinden, möchte ich Ihnen einen dringenden Appell mit auf den Weg geben.

Die saarländische Polizei macht zum wiederholten Male eine Organisationsreform mit. Nach dem andauernden Verändern und Anpassen der Aufbau- und Ablauforganisation seit 2012 sind die Kollegen und Kolleginnen erneut angehalten, sich auf neue Arbeitsbedingungen und Regelungen einzulassen. Alle Veränderungen sind gerade seit 2012 aus unserer Sicht vor allem dem Umstand geschuldet, dass wir immer weniger Vollzugsbeamte/-beamtinnen im Saarland haben. Somit sind die Änderungen eher als notwendig/alternativlos und nicht immer als sinnvoll zu bezeichnen.

In vielen Gesprächen im Vorfeld der aktuellen Reform hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) versucht, gerade die Meinung der Kollegen und Kolleginnen und ihre Erfahrungen an den entsprechenden politischen Stellen einfließen zu lassen. Leider wurde unserem Tenor im Ergebnis nicht gefolgt. Dabei haben wir gerade mit Blick auf die äußerst angespannte Personalsituation in der Vollzugs-polizei die aktuelle Orga-Veränderung (Reviermodell) kritisch gestellt. Aus unserer Sicht bringt die aktuell hohe Stellenvakanz (nicht nur durch Elternzeit!) in Kombination mit dem weiterlaufenden Stellenabbau von circa 110 PVB in den nächsten zwei bis drei Jahren das Fass weiter zum Überlaufen. Wir befürchten sehr, dass das aktuell geplante Dienststellenmodell dann auch am Ende ist und eine erneute Änderung nötig wird.

Aus diesem Grund und mit Wissen um die sehr ablehnende Haltung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Polizei in Bezug auf ständige Änderungen der Struktur, möchten wir Ihnen nochmals deutlich machen, dass ein Ende des Personalabbaus in der Polizei schnellstmöglich beschlossen werden muss!

Wir sind das einzige Bundesland, das hier noch „fleißig“ spart, obwohl es mit dem vom Bund beschlossenen „Pakt für den Rechtsstaat“ mittlerweile einen ganz anderen (gesellschaftlichen) Eindruck gibt, der leider an den Grenzen des Saarlandes endet.

Blickt man zum Beispiel in das Vergleichsland Bremen wurde dort die Einstellungszahl in die Polizei von 100 (2015) auf 160 (2018) angehoben. Im Saarland wurde zunächst einmal von 100 auf 80 gesenkt, um danach auf aktuell 124 zu heben. Auch Länder wie Schleswig-Holstein haben die vom Bund angekündigte Stärkung der Polizei als Grundlage für eine personelle Stärkung der Landespolizei übernommen.

Im Saarland gehen somit weiter gerade „starke“ Jahrgänge in Ruhestand (durchschnittlich 150 bis 160) und die Zahl der vorzeitigen Ruhestandsversetzung steigt mit.

In vielen Gesprächen mit Kollegen und Kolleginnen in den letzten Tagen und Wochen wurde uns nochmals anschaulich deutlich gemacht, dass zum Beispiel das Thema Burn-out keinen Halt vor unseren Kollegen und Kolleginnen macht. Dabei ist erschreckend, dass auch immer mehr „junge“ Kollegen und Kolleginnen über die hohe Belastung und schlechte Perspektiven klagen. Eine beispielhafte Aussage war: „Ich dachte, ich hätte meinen Traumberuf gefunden, aber bereits nach ein paar Jahren wirkt er manchmal wie ein Alptraum ...“ Keiner kann sich vorstellen, wo in den nächsten Jahren weitere 110 Stellen eingespart werden könnten.

Wir möchten daher nochmals eindringlich darauf hinweisen, dass ein weiterer Stellenabbau bei der Vollzugs-polizei des Saarlandes, die damit auf noch nie dagewesene Größe schrumpft, kritisch ist und von uns nicht mitgetragen werden kann.

Herr Ministerpräsident,

setzen Sie den Abbau bei der Polizei zeitnah aus und sorgen Sie dafür, dass wir mit einer ausreichenden Zahl von Neueinstellungen auch über 2020 hinaus Perspektiven für unsere Kollegen und Kolleginnen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Sascha Alles, Landesvorsitzender DPoIG Saarland

Impressum:

Redaktion:
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)
Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553
www.dpolg-saar.de
E-Mail:
info@dpolg-saar.de
ISSN 0937-4876



Antwortschreiben des Büros des Ministerpräsidenten vom 19. Juli 2018

Sehr geehrter Herr Alles,

haben Sie vielen Dank für Ihre E-Mail an Herrn Ministerpräsidenten Hans im Vorfeld der Eckdatenklausur der Landesregierung zum Doppelhaushalt 2019/2020.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass das Thema innere Sicherheit und insbesondere Personalisierung und Ausstattung unserer Polizei in den Beratungen eine zentrale Rolle eingenommen hat. Dabei wurde innerhalb der Landesregierung Einigkeit darüber erzielt, dass dies im anstehenden Doppelhaushalt entsprechend Berücksichtigung finden muss. Daher werden in den nächsten beiden Jahren mit jeweils 124 Anwärterinnen und Anwärtern für den Polizeivollzugsdienst 78 mehr, als ursprünglich geplant, eingestellt. Ziel ist dabei, den Personalbestand ab 2021 stabil zu halten. Neben dieser Aussetzung des Personalabbaus werden zehn zusätzliche Ermittlungshelfer die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten bei ihrer anspruchsvollen Tätigkeit entlasten. Zudem wird in die Schutzausrüstung der Polizei investiert werden sowie Planungskosten für umfangreiche Baumaßnahmen im Haushalt eingestellt werden.

All diese Maßnahmen beinhalten ein klares Signal der Landesregierung an die saarländische Polizei.

Herzliche Grüße

*Elena Weber, Leiterin des Büros,
Ministerpräsident Tobias Hans*

+++ Reform der Reform? Und was nun? +++

Unsere Hauptforderung bleibt ganz klar von Anfang an:

Wir wollen, dass sich die Arbeitsbedingungen unserer Kollegen und Kolleginnen positiv verbessern (Gesundheitsmanagement, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zulageverbesserungen, Regelbeförderung). Gerade in den von Veränderungen direkt betroffenen Bereichen. Nur so macht eine

Reform am Ende Sinn. Dazu gehört für uns, dass alle Funktionsstellen (Anzahl) zumindest in den jeweiligen Bereichen (Fläche und Direktionen) erhalten werden müssen und keiner benachteiligt wird (auch zum Beispiel V-DGLs). Hierfür muss ein praktizierbares und transparentes Konzept erarbeitet werden, welches am Ende auch die Attraktivität des WSD zum Inhalt haben muss. Es müssen

Perspektiven (analog Fachkarrieren) eröffnet werden, die eine Karriereentwicklung faktisch auch ermöglichen (anders als heute, wo viele DGLs oftmals in der A 11 hängen bleiben). Hierbei wäre die generelle Aufwertung von V-DGLs ein klarer Schritt.

Die A-Plen müssten dabei auch bei der Stellenbewertung neu betrachtet werden (Leitung PI,

KD, ESD, OPE). In den Direktionen müssen durch die Schaffung von entsprechend neuen Haupt-/Schwerpunktsachbearbeiter(innen) die notwendigen Kompensationen zum Erhalt von Funktionen sichergestellt werden. Uns ist bewusst, dass das eine anspruchsvolle Aufgabe ist, die es jetzt zu stemmen gilt. Wir als DPolG werden uns hierbei einbringen. ■

POD erhält Blaulicht – DPolG-Forderung erfüllt

Der Polizeiliche Ordnungsdienst (POD) im Saarland soll die Vollzugspolizei möglichst tatkräftig und möglichst sinnvoll unterstützen – so die Idee des Innenministers Klaus Bouillon. In einigen Bereichen funktioniert dies bereits seit der Einführung des POD sehr gut, zum Beispiel bei der Besetzung der Unterkunftswachen und der Unterstützung des Zentra-

len Verkehrsdienstes. Geplant war auch, dass der POD Absperrmaßnahmen und Unfallvorwarnung übernehmen soll. Hierzu fehlte von Anfang an ein notwendiges Blaulicht auf den Fahrzeugen.

Die DPolG Saarland forderte schon bei der Einführung des POD ein Blaulicht (und ein Gelblight) für die POD-Fahrzeuge.

Zumindest das Blaulicht wurde nun nachgerüstet, sodass Absperrungen und Absicherungen bei Unfällen oder Gefahrenstellen durch den POD deutlich besser übernommen werden können.

Wir setzen uns jedoch weiter dafür ein, dass die POD-Flotte mittelfristig mit fest verbauten Dachbalken mit integrier-

tem Blau- und Gelblight ausgestattet wird, um diese noch besser und flexibler einsetzen zu können. Daneben sind wir überzeugt, dass auch jede(r) Mitarbeiter(in) des POD eine eigene Schutzweste haben sollte.

Wir bleiben weiter für euch am Ball. ■



Amtsangemessene Alimentation... jetzt erst recht!

Nach der Entscheidung des OVG Saarlouis steht die gesamte Besoldungsordnung für Beamte/-innen im Saarland auf wackeligen Beinen. Die anhängige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird weiter mehr Klarheit bringen. Jedoch wird hierbei nicht die gesamte Besoldungstabelle geprüft, sondern nur die vom OVG festge-

stellte fehlerhafte Besoldung nach A 11 (2011 bis 2016).

Auf Grund des sogenannten Abstandsgebots, gerade innerhalb der Besoldung, steht auch zu erwarten, dass eine mögliche Änderung der gesamten Besoldung im Saarland nötig werden kann. Um hier keine Rechte beziehungsweise An-

sprüche zu verlieren, raten wir daher Widerspruch auch in diesem Jahr einzulegen. Der dbb saar wird hier ein entsprechendes Formular bereitstellen, dass man über uns bekommen kann. Dabei wird auch sichergestellt, dass das Verfahren für die Dauer der BVerG-Entscheidung ruhend gestellt bleibt. Weitere Infos folgen. ■



„Charly“ Wunn und seine Frau Monika unterstützen die DPolG Stiftung

Unter dem Motto: „Therapie-raum Natur“ hat die Stiftung der DPolG im Umfeld ihrer Unterkünfte in Fall (Bayern) 1,375 Hektar Land zur Aufforstung und Anlage des Therapieraums vorgesehen. Unter Anleitung der „Bayerischen Staatsforsten“ und seiner Mitarbeiter wurde das Projekt bereits im Frühjahr begonnen. In diesem Wald, überwiegend Fichtenmonokultur, sollen gut begehbare Wege, kinder- und behindertengerecht, Wildsträucher für Insekten und seltene Vogelarten, verschiedene Laub- und Nadelbäume und unterschiedliche Lehrpfade angebaut, gepflanzt und angelegt werden. Der Wald soll eine Wohlfühlzone für die Regeneration an Leib und Seele der Allgemeinheit und so auch der geschädigten Kolleginnen und Kollegen sowie ihrer Familien werden. Dies braucht aber zuvor die Unterstützung von



Helferinnen und Helfern, die bei der Anlage und Bepflanzung kräftig Hand anlegen sollten. Nachdem ein erstes Team bereits im März den Startschuss gegeben hatte und mit mehreren Kollegen vor Ort die ersten Pflanzen in die Erde gebracht hatte, wurde auch die Unterstützung aus dem Saarland mobil.

Unser pensionierter Kollege „Charly“ Wunn und seine Frau

Monika reisten Anfang Mai nach Fall, um sich im Gegenzug für in der Vergangenheit erhaltene Unterstützung und Betreuung nach schweren Schicksalsschlägen durch die Mithilfe zu bedanken.

Monika Wunn übernahm gerne mit anderen Frauen die Verpflegung der Kollegen, die bei gutem Wetter unter anderem die frisch gepflanzten Bäume mit Holzstützen versahen, die Wurzeln mit Rindenmulch abdeckten und die neuen Wege mit Steinen abgrenzten. Anschließend wurde das gesamte Gelände „gereinigt“. Unter den begeisterten Augen des „Vorarbeiters“ Behrend Jochum, Stiftungsvorsitzender, konnte so in wenigen Tagen dem Projekt weiter Kontur gegeben werden. Jetzt muss das Anwachsen abgewartet werden und dann werden sich alsbald viele Kolleg(inn)en und deren Familien, die Schick-

DPolG unterstützt den geplanten Aktionsplan der Landesregierung gegen Homophobie

Im Rahmen des diesjährigen CSD hat das Familienministerium angekündigt, einen entsprechenden Aktionsplan zur Eindämmung von Diskriminierung Schwuler, Lesben und Intersexueller in Beruf, Gesellschaft und Sport bis zum Sommer 2019 vorzulegen.

Wir sind der Überzeugung, dass die sexuelle Orientierung gerade für das Berufsleben keine negativen Auswirkungen haben darf. Wichtig ist, dass man/frau gute Arbeit leistet, egal auf wen man/frau steht. Diskriminierung ist leider noch Alltag. Das darf nicht sein. Daher sollten wir uns alle für ein gutes Miteinander einsetzen. Der Aktionsplan ist ein richtiger Weg zum Ziel.





> DPoIG vor Ort ...

In den vergangenen Wochen waren wir auf allen B-Plen und haben viele Gespräche mit unseren Kolleg(inn)en geführt. Dabei wurde schnell deutlich, dass die Begeisterung über die nun vorgesehne Reform (Reviermodell in der Flächenstruktur) mäßig ausfällt. Wir haben hierbei viele Fragen und Anregungen aufgenommen und werden diese weiter an die Entscheidungsträger leiten. Für uns gilt, dass Änderungen nur funktionieren, wenn die Mehrheit der Kolleg(inn)en dahinter steht. Zurzeit kann man das stark bezweifeln.

Folgende Fragen und Feststellungen aus den Gesprächen möchten wir exemplarisch hier auflisten:

- Warum hat man keine richtige Beteiligung der Mitarbeiter durchgeführt? Die Vorstellung von drei Modellen (von denen keines übrig blieb) im Rahmen von Personalversammlungen haben damit nicht viel zu tun.
- Wie wird überhaupt Attraktivität im Bereich der Plen erreicht? Junge Kolleg(inn)en werden jede Chance auf „Fachkarriere“ in Direktionen einer fehlenden Karriere auf der Wache vorziehen (und dabei haben sie dann auch Recht).
- Warum macht man solch ein Geheimnis aus dem Feinkonzept? Infos kommen (wie immer) nur Scheibchenweise bis zu den Mitarbeitern. Zuerst mal Funktionsstelleninhaber beruhigen und dann den Rest! Ein Gesamtkonzept wäre von Anfang an besser.
- Stellvertretende DGL schauen fast ins Leere. Auf Listen zu stehen, bringt keinen Rechtsanspruch auf ein Weiterkommen. Ein A9er-Vertreter kann sich auch in Zukunft nicht auf Funktionsstellen bewerben.
- Was passiert, wenn sich nicht genügend Personal freiwillig zur Partner A-PI bewirbt? Wenn niemand gegen seinen Willen verändert wird, was passiert dann?
- Wie wird eine ordentliche Beurteilung 2019 für alle Mitarbeiter(innen) von Revierdienststellen sichergestellt?
- Warum macht man für Saarbrücken solch einen Aufwand, wenn in drei Jahren sowieso eine Großinspektion übrig bleibt (Alt, Brebach und St. Johann)?
- Bereits heute platzt die PI St. Johann aus allen Nähten, wo sollten die Kolleg(inn)en aus den B-Plen unterkommen?
- Wenn die Partner PI künftig Ausfälle der Reviere tatsächlich kompensieren soll, dann steigt die Belastung der Kollegen dort deutlich.
- Wer übernimmt die Wache Staatskanzlei?
- Was ist mit Kollgen, die eine Aufgabe m.d.W.d.G.b. ausüben? Kommen sie auf eine Liste?
- Wird die Ausstattung mit Fahrzeugen geprüft? Wenn Fahrzeuge auf den Revieren bleiben müssen um Kommandos zu besetzen, dann können manche A-Plen mit dem aktuellen Bestand nicht weit kommen.
- Warum macht man einen Reformvorschlag, der keine drei Jahre halten wird (weil ja Personal in der Fläche weiter abgebaut wird)?

salsschläge und besondere Belastungen verarbeiten müssen, über diesen „Therapieraum Natur“ freuen können. Zusätzlich hat der Landesverband noch eine Spende an die Stiftung gemacht, die einen sehr wichtigen Dienst

für unsere Kolleg(inn)en wahrnimmt.

An dieser Stelle gilt unser Dank auch „Charly“ und seiner Frau, die bereits jetzt einen gemeinsamen Urlaub 2019 in Fall anvisiert haben. ■

Info der JuPO

Der Erste-Hilfe-Nachweis wird Teil der Ausbildung – Eine DPoIG-Forderung wird umgesetzt

Geplante Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung (APO) zum 1. Oktober 2018: Wie uns bekannt wurde, ist eine Änderungsverordnung für die bestehende APO zum Thema Erste Hilfe geplant. Bisher mussten die Studierenden der FHSV den Nachweis außerdienstlich erwerben. Auf ministerieller Ebene ist nun geplant, die APO zum 1. Oktober 2018 zu ändern. Die Erste Hilfe soll nun dienstlich im Rahmen der Ausbildung stattfinden. Externe Planungen und zusätzliche Kosten würden für unsere Studierenden damit wegfallen.

Natürlich setzen wir uns nun auch für eine Gleichbehandlung aller Studienjahrgänge ein. Da die APO-Änderung in erster Linie die P 40 betreffen wird, wollen wir eine Übergangslösung für die Jahrgänge P 38 und P 39 erwirken. Jeder Studierende, der sich ab Oktober 2018 noch an der FH befindet, muss von der neuen Regelung profitieren können.



Wir für Euch – DPoIG/JuPo

Somit soll eine langjährige Forderung der DPoIG Saar und ihrer JUNGEN POLIZEI endlich umgesetzt werden. Wie viele unserer Kolleginnen und Kollegen der FHSV mitbekommen haben, setzten wir uns erst kürzlich dafür ein, dass die Erste Hilfe in die Aus- und Fortbildung etabliert wird. Dieser Vorstoß der DPoIG führte auch zu Gegenmeinungen und Diskussionen. Wir blieben aber an dem Thema dran und konnten durch unsere Hartnäckigkeit und in vielen Gesprächen mit (politisch) Verantwortlichen ein Umdenken erwirken. Wir sind sehr erfreut, dass das Ministerium unsere Forderung aufnimmt und die APO zum Wohle der Studierenden ändern will.

> Geburtstage im Juli/August

Für die Monate Juli und August gratulieren wir herzlich folgenden Kolleg(inn)en zum Geburtstag:

A. Sehn	80 Jahre
G. Schabert	76 Jahre
S. Malter	71 Jahre
E. Conrad	71 Jahre
N. Thräm	69 Jahre
H. Ziegler	66 Jahre
W. Hund	65 Jahre
E. Rose	64 Jahre
M. Mailänder	62 Jahre
W. Untersteller	61 Jahre
S. Ziegler	40 Jahre

Wir wünschen Euch alles Gute und vor allem Gesundheit!

Eure DPoIG